



Demonstrant in Beirut: „Diese Regierung kümmert sich um nichts“

„Strom! Wasser! Würde!“

Libanon Die Müllkrise von Beirut ist nur offenkundiges Symptom für den schleichenden Zerfall des Staates. Jahrelang haben die Bürger dem zugesehen, jetzt aber haben sie genug. Das Land könnte vor einer politischen Kehrtwende stehen.

Den ganzen Tag über hatten Angst und Anspannung in der Luft gelegen. Dutzende Aktivisten der libanesischen Bewegung „Ihr stinkt!“ waren seit dem späten Vormittag unauffällig ins Umweltministerium eingedrungen, hatten den Flur besetzt und den Rücktritt von Umweltminister Mohammed Machnouk verlangt. Sonst würden sie nicht weichen, sagten sie.

Als erste Verhandlungen mit den Protestierenden scheiterten, ließ die Regierung die Klimaanlage abschalten und blockierte die Trinkwasserversorgung. Der Minister saß in seinem Büro fest. Am Nachmittag rückte die Bereitschaftspolizei an. Am Abend schließlich stürmten Einsatzkommandos das Sit-in vor dem Büro des Ministers, der über einen Hinterausgang das Gebäude verließ. Das Gebäude wurde geräumt, die Demo davor aufgelöst.

Gegen 23 Uhr am vergangenen Dienstag stapften dann drei Polizisten mit Helm, Schild und Schlagstock aus dem Ministerium, geradewegs auf das SPIEGEL-Team zu. „Gehört ihr auch zu denen?“, raunte einer der Polizisten uns an. Es war ein langer, brütend heißer Tag gewesen, zumal

für Männer in voller Kampfmontur. Für einen Moment lag Ärger in der Luft.

Dann grinste der Polizist: „Also, ihr solltet nicht nur bei der Regierung demonstrieren, auch beim Parlament! Die hängen genauso mit drin! Macht weiter!“ Ein zweiter Polizist sagte: „Wenn ihr schon protestiert, könntet ihr auch mal für unsere kümmerlichen Gehälter demonstrieren.“ Dann kletterten die drei auf einen Lastwagen und fuhren davon.

Beirut ist dieser Tage ein Ort des Unerwarteten. Seit Jahren schon klagen Libanesen aller Konfessionen über den langsamen Verfall all dessen, was einen Staat ausmacht: eine funktionierende Verwaltung und Justiz, eine zuverlässige Strom- und Wasserversorgung. Aber diese Klagen hatten stets einen fatalistischen Beiklang: Sie gingen davon aus, dass sich doch nie etwas ändern würde, dass die herrschenden großen Familien der Drusen, Christen, Sunniten und Schiiten bei allen Differenzen doch zusammenhalten würden, wenn es darum geht, den Libanon weiterhin als ihren Selbstbedienungsladen zu betreiben.

Doch seit dem 17. Juli ist das anders. Und das hat nicht mit der großen Politik,

sondern mit dem Müll zu tun. An diesem Tag wurde die größte Deponie des Landes endgültig geschlossen. Zugleich lief der Vertrag mit dem Müllentsorger für Beirut und Umgebung aus. Das hört sich zunächst nicht nach zwei Vorgängen an, die landesweite Unruhen auslösen können. Aber die Müllberge, die seither wachsen, wurden zum Sinnbild für einen Staat, dessen Bürger seit Jahren regungslos zuschauen, wie er sich schleichend selbst zerlegt. Und gerade das macht diese Krise so gefährlich.

Der Libanon ist winzig, 10 500 Quadratkilometer, ein halbes Hessen, aber anscheinend immer noch zu groß für die Fähigkeiten seiner politischen Elite.

Seit Jahren schon hätte die Deponie von Naama im Drusengebiet südlich der libanesischen Hauptstadt geschlossen werden sollen. 1997 war sie eröffnet worden, als ein Provisorium für sechs Jahre. Immer größer war der Druck Tausender Anwohner geworden, die sich über Dreck, unerträglichen Gestank und die Tag und Nacht vorbeidonnernenden Müllwagen beklagten. Doch immer wieder hatte Drusenführer Walid Junblat durchgesetzt, dass die Deponie offen blieb, auf der schließlich



Küstenstadt Jal el Dib östlich von Beirut: Die wachsenden Müllberge werden zum Sinnbild für den Staat

15 Millionen statt der ursprünglich vorgesehenen 2 Millionen Tonnen Abfall landeten. Anfang des Jahres aber warnte auch Junblat, die Situation sei nicht mehr zu halten. Naama würde schließen müssen.

Eine funktionierende Regierung hätte spätestens da mit Hochdruck begonnen, neue Deponieflächen zu suchen, hätte versucht, sich zu wappnen für den Tag X. Und sie hätte nicht einfach die Pläne und Projekte von Umweltschützern wie ausländischen Firmen und Organisationen ignoriert, wie Müll auf sinnvolle Weise reduziert und entsorgt werden kann.

Doch damit wäre das Entsorgungsmonopol der Firma Sukleen gefährdet gewesen, an der verschiedene libanesische Politiker beteiligt sind. Sukleen durfte um die 150 Dollar pro Tonne kassieren, mehr als das Dreifache der jordanischen Gebühren. Es wurden zwar landesweit Entsorgungsverträge neu ausgeschrieben, den Zuschlag erhielten wiederum Unternehmen mit guten Beziehungen zu den führenden Clans. Einen Tag nach Bekanntgabe der Gewinner aber wurde die Ausschreibung annulliert – Sukleen macht in Beirut zu den erhöhten Preisen erst mal weiter. Ansonsten geschah: nichts. Die Müllkrise ist ein Desaster mit Ansage.

„Wir hätten nie gedacht, dass die Politiker sich so unfassbar dumm verhalten würden“, sagt Marc Daou, Mitbegründer jener Kampagne, die jahrelang für die Schließung

der Naama-Deponie kämpfte. „Sie haben gepokert und gedacht, Drusenführer Junblat werde schon dafür sorgen, dass die Deponie offen bleibt.“

Überdies rächte sich, dass jahrelang nichts unternommen worden ist, um die Müllmenge zu senken. Beirut und Umgebung produzieren etwa 3000 Tonnen Abfall am Tag, die sich nun in den Straßen türmen, parkende Autos unter sich begraben, angezündet wurden und die Bewohner in einem Gemisch aus Verwesung und Rauch zurückließen.

Das war dann selbst den Beirutern zu viel. Unter dem Hashtag #YouStink organisierte sich eine Protestbewegung aus Leidtragenden aller politischen Lager. Sie rief zu Demonstrationen vor dem Regierungssitz auf, denen erst Tausende und am vergangenen Samstag Zehntausende folgten. Am lautesten war der Ruf nach einem Ende der Müllkrise, aber er weitete sich rasch aus. „Wir wollen Strom! Wasser! Würde!“, sagte eine Mutter, die mit ihren zwei Kindern gekommen war. „Diebe!“, skandierten andere, „diese Regierung kümmert sich um nichts, außer darum, sich zu bereichern.“

Wofür der Staat überhaupt noch da sei, fragt sich derzeit Ali Mrad, Politikprofessor an der St.-Joseph-Universität: „Er hat sich von all seinen sozialen Verpflichtungen zurückgezogen. Strom- und Wasserversorgung kollabieren langsam, Schulen verfallen, Beamte

können kaum noch von ihrem Gehalt leben.“

Die Forderungen der Demonstranten haben mit Müll nur noch wenig zu tun: „Das Volk verlangt den Sturz des Systems!“, riefen kommunistische Gruppen, die Regierung solle demissionieren. Spätestens an diesem Punkt aber stößt der Protest an Grenzen. Denn es gibt schon lange keine normale libanesische Regierung mehr.

Seit April 2014 sind 27 Anläufe im Parlament gescheitert, einen neuen Präsidenten zu wählen. Da die Fraktionen sich weder auf ein neues Wahlgesetz einigen noch das alte nutzen wollten, wurden die Parlamentswahlen bereits zweimal verschoben. Woraufhin die Abgeordneten mit einem rechtlich fragwürdigen Beschluss einfach ihre eigene Amtszeit verlängerten.

Die amtierende Übergangsregierung ist die einzige übrig gebliebene und zumindest begrenzt funktionierende Führung des Staates. „Wir haben schon keine verfassungsrechtliche Lösung für die Abwesenheit eines legitimen Parlaments“, sagt Politologe Mrad. „Wenn auch noch die Regierung wegfällt, gibt es niemanden mehr, der Entscheidungen treffen kann.“ Womit man mitten im libanesischen Dilemma angekommen wäre.

Denn das seit Staatsgründung bestehende Proporzsystem garantiert zwar den Konfessionsgruppen ihre Teilhabe, aber verhindert auch jede politische Veränderung. Alle Machtbereiche sind per Quote festgelegt, angefangen bei den Spitzen des Staates: So muss der Präsident ein maronitischer Christ sein, der Premier ein sun-



nitischer Muslim, der Parlamentspräsident ein schiitischer Muslim. Ein politischer Wettbewerb findet kaum statt, es regiert ein religiöses Kastensystem.

Der modernste Machtblock innerhalb dieses Systems ist ausgerechnet die Hisbollah: jene vor 35 Jahren von iranischen Revolutionskadern gegründete, schiitische „Partei Gottes“, die als abgeschottete Kaderorganisation ihr Führungspersonal nach Fähigkeiten, nicht nach Verwandtschaft aussucht. An der gegenwärtigen politischen Blockade ist sie dennoch beteiligt. Im Streit darum, welcher der Kriegsherren aus dem Bürgerkrieg nächster Präsident werden soll, trug das Patt zwischen der Hisbollah und ihren christlichen Verbündeten gegen die Sunniteninformation unter Führung der Hariri-Familie zur Lähmung des Staates bei.

In einer glänzenden Satire hat der libanesischer Autor Anthony Elghossain vor Kurzem den Zustand seines Landes beschrieben. Er imaginiert darin den verzweifelten Versuch von Terroristen des „Islamischen Staates“ (IS), den Libanon zu erobern. „Wen zur Hölle müssen wir hier eigentlich stürzen?“, wird ein Sprecher zitiert, nachdem IS-Truppen im Beiruter Dauerstau stecken geblieben sind. Als Nächstes muss der IS feststellen, dass die Griechisch-Orthodoxen bereits die Finanzverwaltung des Kalifats übernommen haben, Drusenführer Junblat sich Stellvertreterposten gesichert hat und die libanesischen Sunnitenclans begonnen haben, den IS flächendeckend zu privatisieren.

Die Satire liegt näher an der Wirklichkeit, als es scheint. Denn entgegen vielen Prognosen ist der Libanon erstaunlich unberührt vom Krieg im Nachbarland Syrien geblieben. Und das, obwohl die Hisbollah ganz offen in Syrien aufseiten des Regimes und mittlerweile auch im Irak bei den schiitischen Milizen mitkämpft. Obwohl mehr als eine Million syrischer Flüchtlinge im Libanon gestrandet sind, was gemessen an der Bevölkerungszahl 17 Millionen Flüchtlingen in Deutschland entspräche. Und obwohl es immer wieder aufflammende Kämpfe in der Hafenstadt Tripoli im Norden, in Saida im Süden und nahe Aarsal an der syrischen Grenze gibt.

Das „konfessionelle System“ der politischen Bewegungslosigkeit „hat sich als weit widerstandsfähiger erwiesen als jedes autoritäre arabische Regime“, sagt Bassel Salloukh, Dozent an der Lebanese American University in Beirut. Ein Land, das ge-



Hisbollahkämpfer: Erstaunlich unberührt vom Krieg im Nachbarland

gen jede Form der Veränderung immun ist, lasse sich auch von äußerer Gewalt nicht so leicht anstecken. Nicht jedenfalls, solange keine Fraktion im Innern ein Interesse am Krieg habe. Und das hat niemand, Krieg wäre schlecht fürs Geschäft.

Die Widerstandsfähigkeit gegen Feinde von außen bewahrt den Libanon aber nicht vor einer anderen Bedrohung, der Demontage des politischen Systems. Der ganze Staat wirkt wie im Rückbau begriffen: Es gab einmal ein Eisenbahnnetz, von dem noch Brücken, vereinzelte Gleise und verfallende Bahnhöfe zeugen. Es gab mal Straßenbahnen und Busse in Beirut, deren letzte Exemplare bis vor Kurzem in einem Depot am Hafen verrotteten.

Es gab auch mal eine halbwegs normale Stromversorgung. Von 14 bis 18 Stunden pro Tag noch vor wenigen Monaten sank sie Ende August in vielen Vierteln Beiruts auf 8 bis 12 Stunden. Die altersschwachen Kraftwerke, deren Überholung stets versprochen, aber nie umgesetzt wurde, können den Bedarf nicht decken. Tausende Generatoren überbrücken deshalb die immer längeren Ausfälle und verpesten zusätzlich die Luft. Wobei sie auch nur jene versorgen, die es sich leisten können: Etwa 80 Dollar im Monat kostet ein Stromabonnement, das Kühlschrank, Licht und Computer am Laufen hält, aber keine Klimaanlage. Die „Generatoren-Mafia“, wie sie allgemein genannt wird, verteidigt „ihre Häuserblocks“ aggressiv gegen Konkurrenten. Und so wird sich wohl auch an dieser Situation nichts ändern.

Die Politik reagierte, wieder einmal, machtlos: „Ich kann Ihre Verärgerung verstehen“, sagte Energieminister Arthur Nazarian da. „Aber in nächster Zeit wird es keine Lösung der Energiekrise geben. Die Zeit der Wunder ist vorbei.“ Wobei das

eigentliche Wunder in den vergangenen Jahren eher darin bestand, wie viele Hundert Millionen investiert wurden, ohne die Lage zu verbessern. Begleitet von Versprechen, alle Libanesen würden künftig Strom haben, wurde 2012 ein Vertrag über etwa 360 Millionen Dollar mit der türkischen Firma Karadeniz geschlossen.

Die sicherte zu, für drei Jahre zwei schwimmende Kraftwerke vor der libanesischen Küste zu stationieren, um eine Leistung von 270 Megawatt bereitzustellen. Allein die Kosten für die dafür notwendigen Dieselmotoren der deutschen Firma MAN lagen bei 82,6 Millionen Dollar. Für ein Viertel des Preises hätte man die Motoren kaufen können. Doch kaum lagen die Schiffe vor der Küste, stellten sie ihren Dienst weitgehend ein.

Der Weg zur Veränderung liege auf lokaler Ebene, sagt Kampagnen-Veteran Marc Daou. Kleinere Städte, Dörfer, die in Eigenregie Solaranlagen und Recyclinghöfe betreiben, sind für ihn Vorbilder. Die Protestbewegung rufe deshalb nun nicht mehr zum Sturz des Staates, sondern zu seiner Rückeroberung auf. „Jetzt müssen die Kommunen darum kämpfen, es selbst in die Hand zu nehmen“, sagt Daou. Mehrere Städte wollen nun die Regierung verklagen, weil sie Gelder aus dem Fonds der Kommunen beschlagnahmt hatte, um Sukleen und andere Firmen zu bezahlen.

„Wir können das Kartell der konfessionellen Clans nicht brechen“, sagt Jad Chaaban, ein Wirtschaftswissenschaftler, „aber wir müssen ihm schrittweise seine Monopole wegnehmen: Müll, Strom, die Diesel- und Ölimporte.“ Vorläufig allerdings riecht es nicht nach Sieg. Mohammed Machnouk, der glücklose Umweltminister, weigert sich weiterhin zurückzutreten. Stattdessen legte er seine Mitgliedschaft im Umweltausschuss nieder, dem zuständigen Gremium für das drängendste Problem seines Ministeriums, der Müllkrise.

Nichts deutet in diesen Tagen in Beirut auf eine Lösung des Müllproblems hin. Und auch wenn es absurd klinge, sagt der Politologe Ali Mrad, vielleicht sei gerade das ganz gut: „Wir müssen den Müll von der Straße bekommen, er ist eine Katastrophe, für unsere Gesundheit, für die Umwelt. Aber um diese Bewegung aufrechtzuerhalten, um zu verhindern, dass die Menschen abermals aufgeben, wäre es von Vorteil, wenn der Unrat noch eine Weile liegen bliebe. Was er ja ohnehin tun wird.“

Christoph Reuter